

Überblick über die Wirtschaftsentwicklung

1 Ausland

1.1 Realwirtschaftliche Entwicklung

Im Jahre 1997 verstärkte sich das Wachstum der Weltwirtschaft. Das reale Bruttoinlandprodukt der OECD-Länder stieg um durchschnittlich 3%, verglichen mit 2,7% im Vorjahr. Besonders deutlich wuchs die Wirtschaft in den Vereinigten Staaten und in Grossbritannien. In Deutschland, Frankreich und Italien belebte sich die Konjunktur, während in Japan die Erholung einen Rückschlag erlitt. Ausserhalb der OECD besserte sich die Lage der mitteleuropäischen Reformländer sowie Lateinamerikas. Osteuropa hatte weiterhin mit massiven wirtschaftlichen Problemen zu kämpfen. Ostasien wurde von einer Finanzkrise erschüttert; mehrere ostasiatische Länder mussten internationale Finanzhilfe in Anspruch nehmen.

Verstärktes Wachstum der Weltwirtschaft – Krise in Ostasien

In den Vereinigten Staaten und in Grossbritannien setzte sich der Aufschwung fort. In beiden Ländern erhöhte sich das Bruttoinlandprodukt erheblich stärker als im Vorjahr. In den Vereinigten Staaten war das Wachstum breit abgestützt; besonders kräftig stiegen die Ausrüstungsinvestitionen und die Exporte. In Grossbritannien wuchs vor allem der private Konsum dynamisch. Auch die Exporte und die Ausrüstungsinvestitionen trugen zur günstigen Wirtschaftslage bei. In der zweiten Jahreshälfte verlor der Aufschwung aufgrund des Zinsanstiegs und der Stärke des britischen Pfundes an Kraft.

Starkes Wachstum in den Vereinigten Staaten und in Grossbritannien

In Deutschland, Frankreich und Italien stützte sich die Konjunkturerholung hauptsächlich auf die stark wachsenden Exporte. Nur zögernd belebte sich die Binnennachfrage. Vor allem die Bautätigkeit blieb flau, und die restriktive Finanzpolitik bremste die öffentliche Nachfrage. Dagegen erhöhten sich der private Konsum – in Italien auch steuerlich begünstigt – und die Ausrüstungsinvestitionen. Die Wirtschaft der meisten kleineren Länder Europas entwickelte sich dynamisch; die Zuwachsrate ihres Bruttoinlandproduktes übertraf das durchschnittliche Wirtschaftswachstum der EU von 2,5%.

Konjunkturerholung auf dem europäischen Kontinent

In Japan erlahmte die Konjunkturerholung. Die Binnennachfrage wurde durch die Erhöhung der Mehrwertsteuer, die geringere Investitionstätigkeit der öffentlichen Hand sowie den Zusammenbruch bedeutender Finanzinstitute in der zweiten Jahreshälfte gedämpft. Die Exporte wuchsen zunächst noch stark, schwächten sich jedoch gegen das Jahresende infolge der ostasiatischen Finanzkrise ab.

Abschwächung in Japan

Das kräftige Wirtschaftswachstum führte in den Vereinigten Staaten und in Grossbritannien zu einer weiteren Zunahme der Beschäftigung; die Arbeitslosigkeit bildete sich deutlich zurück. Auf dem europäischen Kontinent brachte die Konjunkturerholung nur wenig Entlastung auf den Arbeitsmärkten. Während die Arbeitslosenquote in vielen kleineren Ländern sank, stieg sie in Deutschland weiter. In Frankreich und Italien stagnierte sie auf hohem Niveau. Die durchschnittliche Arbeitslosenquote der EU ging leicht auf 11,1% zurück. Japan wies eine vergleichsweise geringe Arbeitslosigkeit aus.

Unterschiedlich starker Rückgang der Arbeitslosigkeit

Die Teuerung blieb im OECD-Raum insgesamt tief. Besonders in Italien, aber auch in den Vereinigten Staaten und Frankreich sowie in vielen kleineren Ländern sank die Teuerung, während sie sich in Grossbritannien und Deutschland leicht erhöhte. Die durchschnittliche Teuerung der EU ging von 2,5% auf 2% zurück. In Japan stieg sie infolge der Erhöhung der Mehrwertsteuer von 0,1% im Vorjahr auf 1,7%.

Übersicht Konjunkturdaten

	1993	1994	1995	1996	1997
Reales Bruttoinlandprodukt Veränderung gegenüber Vorjahr in Prozent					
Vereinigte Staaten	2,3	3,5	2,0	2,8	3,8
Japan	0,3	0,7	1,4	4,1	0,8
Deutschland	-1,2	2,8	1,9	1,4	2,4
Frankreich	-1,3	2,8	2,1	1,5	2,2
Grossbritannien	2,1	4,3	2,7	2,3	3,4
Italien	-1,2	2,2	2,9	0,7	1,1
Europäische Union	-0,5	2,9	2,5	1,7	2,5
Schweiz	-0,5	0,5	0,8	-0,2	0,7

Arbeitslosigkeit in Prozent

Vereinigte Staaten	6,9	6,1	5,6	5,4	5,0
Japan	2,5	2,9	3,2	3,4	3,4
Deutschland	8,9	9,6	9,5	10,4	11,5
Frankreich	11,7	12,3	11,6	12,3	12,5
Grossbritannien	10,3	9,3	8,2	7,5	5,6
Italien	10,3	11,3	12,0	12,1	12,3
Europäische Union	11,1	11,5	11,2	11,3	11,1
Schweiz	4,5	4,7	4,2	4,7	5,2

Teuerung auf Konsumstufe, in Prozent

Vereinigte Staaten	3,0	2,6	2,8	2,9	2,3
Japan	1,2	0,7	-0,1	0,1	1,7
Deutschland	4,5	2,7	1,8	1,5	1,8
Frankreich	2,1	1,7	1,8	2,0	1,2
Grossbritannien	1,6	2,5	3,4	2,5	3,1
Italien	4,2	3,9	5,4	3,9	1,8
Europäische Union	3,5	3,0	3,1	2,5	2,0
Schweiz	3,3	0,9	1,8	0,8	0,5

Ertragsbilanzsaldo in Prozent des Bruttoinlandproduktes

Vereinigte Staaten	-1,4	-1,9	-1,8	-1,9	-2,1
Japan	3,1	2,8	2,1	1,4	2,2
Deutschland	-0,7	-1,0	-1,0	-0,6	-0,3
Frankreich	0,8	0,6	0,7	1,3	2,3
Grossbritannien	-1,6	-0,3	-0,5	-0,1	0,3
Italien	0,9	1,3	2,3	3,4	3,6
Europäische Union	0,2	0,3	0,6	1,0	1,3
Schweiz	8,2	7,0	7,0	6,9	8,3

Die Zahlen für das Jahr 1997 sind teilweise geschätzt.
Quelle: OECD

1993

1994

1995

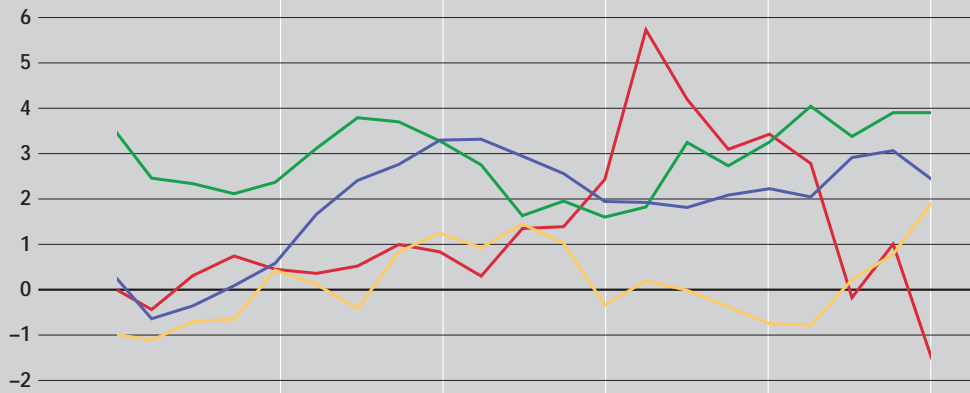
1996

1997

Bruttoinlandprodukt

- Vereinigte Staaten
- Japan
- OECD Europa
- Schweiz

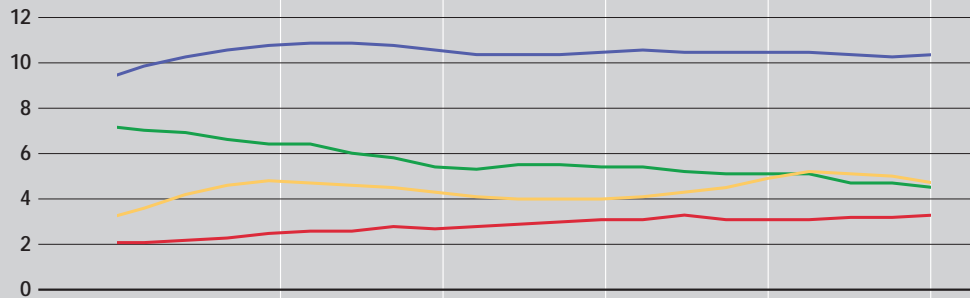
Veränderung gegenüber
Vorjahr in Prozent.
Quelle: OECD



Arbeitslosigkeit

- Vereinigte Staaten
- Japan
- OECD Europa
- Schweiz

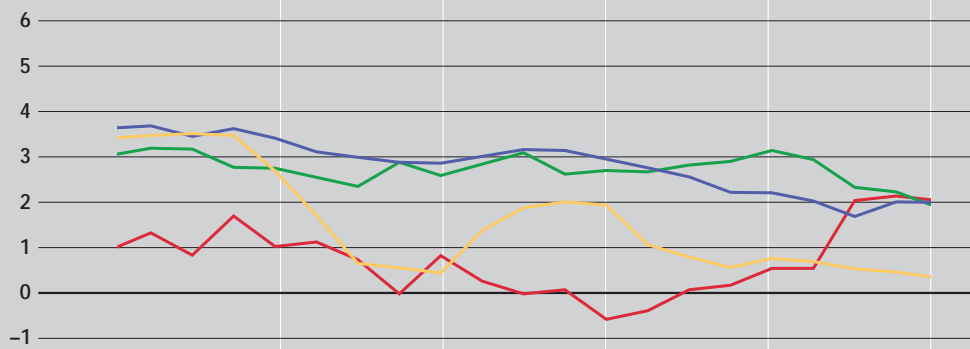
In Prozent.
Quelle: OECD



Teuerung

- Vereinigte Staaten
- Japan
- OECD Europa
- Schweiz

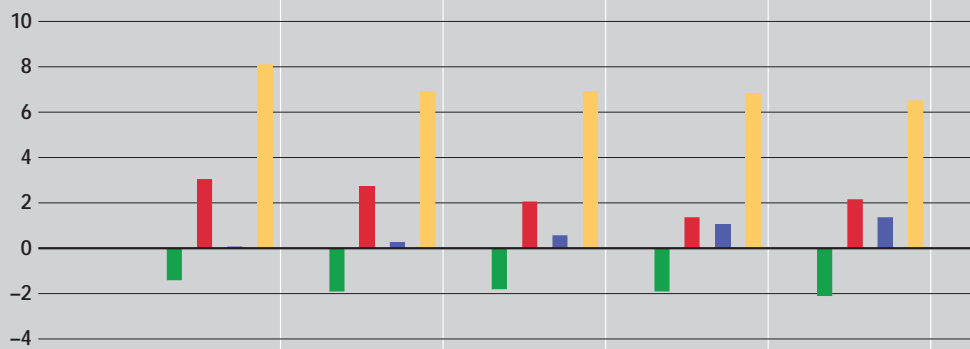
In Prozent.
Quelle: OECD



Ertragsbilanz

- Vereinigte Staaten
- Japan
- Europäische Union
- Schweiz

Saldo in Prozent des
Bruttoinlandproduktes.
Quelle: OECD



1993

1994

1995

1996

1997

Unterschiedliche Wirtschafts-
entwicklung in Mittel- und
Osteuropa

In den meisten Ländern Mittel- und Osteuropas kamen die Reformen im Jahre 1997 weiter voran; das Wirtschaftswachstum verstärkte sich, während die Teuerung rückläufig war. Ausnahmen waren die Slowakei und Tschechien, wo sich die Produktion verlangsamte, sowie Bulgarien und Rumänien, wo sich die Rezession verschärfte. In Russland kam der Produktionsrückgang erstmals seit 1991 zum Stillstand. In der Ukraine sank die Produktion langsamer als in den Vorjahren, und die Teuerung stieg weniger stark.

Finanzkrise in Ostasien

Im Laufe des Jahres 1997 erhöhten sich in verschiedenen Ländern Ostasiens die strukturellen Ungleichgewichte. Der Anstieg des Dollars verschärfte die Lage zusätzlich, da viele Länder der Region ihre Währung an den Dollar gebunden hatten. Im zweiten Halbjahr mussten zunächst Thailand, später Indonesien, Malaysia, die Philippinen und Südkorea ihre Währungen vom Dollar lösen. In der Folge verloren diese massiv an Wert. Um die Finanzkrise in den Griff zu bekommen, suchten verschiedene Länder bei internationalen Organisationen, namentlich dem Internationalen Währungsfonds, und Drittstaaten um finanzielle Unterstützung nach. Bis Ende 1997 wurde Thailand, Indonesien und Südkorea internationale Finanzhilfe gewährt. Die Krise und die Massnahmen zur Beseitigung der strukturellen Ungleichgewichte dürften das bis anhin starke Wachstum der Region erheblich bremsen.

Fortgesetzte Erholung in
Lateinamerika und Afrika

In Lateinamerika besserte sich die Wirtschaftslage zunehmend. Die Teuerung sank weiter. Die Finanzkrise in Ostasien lenkte die Aufmerksamkeit jedoch auch auf die Strukturprobleme in Lateinamerika. Dies zwang besonders die Regierung Brasiliens, den steigenden Defiziten der Leistungsbilanz und des Staatshaushaltes mit einschneidenden wirtschaftspolitischen Massnahmen entgegenzutreten. Damit gelang es, die Währung zu stabilisieren. In Afrika, vor allem südlich der Sahara, setzte sich die wirtschaftliche Erholung fort, und die Teuerung schwächte sich erneut ab.

Beschleunigter Welthandel

Der Welthandel belebte sich im Jahre 1997 deutlich. Das Volumen der Ausfuhren erhöhte sich um rund 9%, verglichen mit 6% im Vorjahr. Dies war hauptsächlich auf die gesamthaft bessere Konjunktur in den OECD-Ländern zurückzuführen.

Geringe Zinserhöhung in den
Vereinigten Staaten, deut-
liche Straffung der Geldpolitik
in Grossbritannien

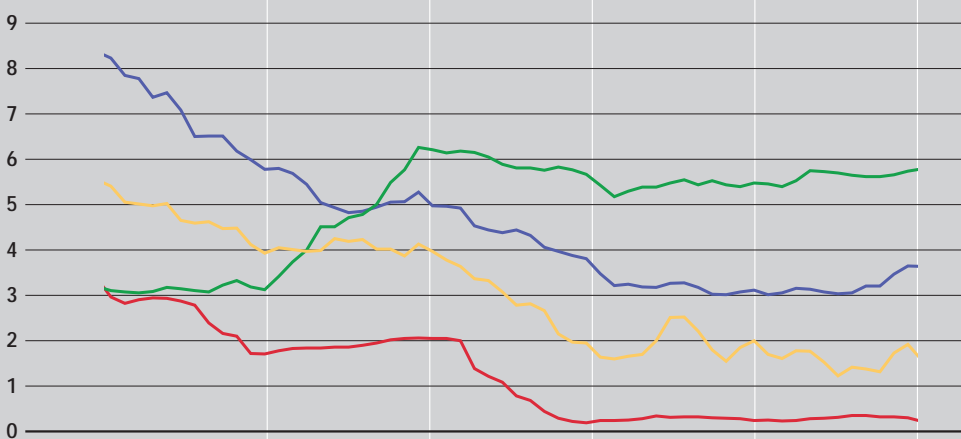
Die Zentralbanken der OECD-Länder waren im Jahr 1997 weiterhin bestrebt, die Preisstabilität zu wahren. Die amerikanische Zentralbank erhöhte ihren Leitzins, den Tagesgeldsatz, Ende März um 0,25 Prozentpunkte auf 5,5%, nachdem sie ihn Anfang 1996 gesenkt hatte. Aufgrund der günstigen Teuerungsaussichten drängte sich im weiteren Verlauf des Jahres 1997 keine zusätzliche Zinserhöhung auf. Dagegen straffte die britische Zentralbank angesichts der zunehmenden Inflationsgefahr ihre Geldpolitik im Laufe des Jahres deutlich. Sie setzte ihren Leitzins in mehreren Schritten um insgesamt 1,25 Prozentpunkte auf 7,25% herauf, um die starke Inlandnachfrage einzudämmen.

1.2 Geldpolitik

Kurzfristige Zinssätze

- Eurodollar
- Euroyen
- Euro-D-Mark
- Eurofranken

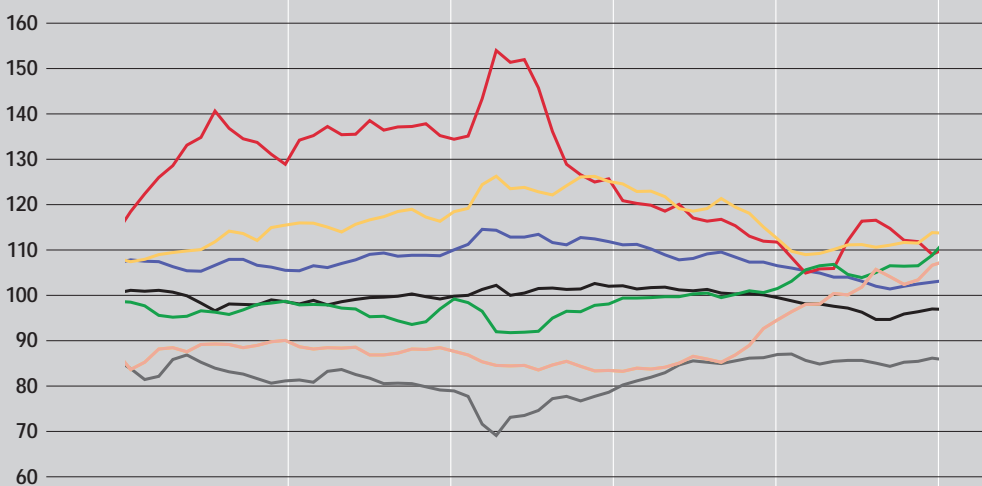
Dreimonatige Zinssätze
auf dem Euromarkt.
Quelle: BIZ



Wechselkurse

- Dollar
- Yen
- D-Mark
- Franc
- Pfund
- Lira
- Franken

Reale, handelsgewichtete
Wechselkurse, Index 1990 = 100.
Quelle: OECD



Leichte Zinserhöhung in Deutschland und in verschiedenen umliegenden Ländern

Im Oktober erhöhte die Deutsche Bundesbank den Pensionssatz für Wertpapiere von 3% auf 3,3%, nachdem sie ihn über ein Jahr konstant gehalten hatte. Der Diskont- und der Lombardzinssatz blieben unverändert. Die Bundesbank begründete die Zinserhöhung mit der Absicht, im Vorfeld der Währungsunion dem Aufbau eines Inflationspotentials entgegenzuwirken. Die Geldmenge M_3 , die in der ersten Jahreshälfte den Zielkorridor überschritten hatte, bildete sich im Laufe des Jahres zurück und bewegte sich in der zweiten Jahreshälfte innerhalb des Zielkorridors. Im Gleichschritt mit der Deutschen Bundesbank hoben die Zentralbanken verschiedener umliegender Länder ihre Leitzinsen leicht an.

Deutliche Lockerung in Italien

In Italien ermöglichten der starke Teuerungsrückgang sowie die Wiedereingliederung der Lira in den Wechselkursmechanismus des Europäischen Währungssystems (EWS) Ende 1996 eine deutliche Lockerung der Geldpolitik. Die Zentralbank senkte in je drei Schritten den Diskontsatz von 7,5% auf 5,5% und den Lombardsatz von 9% auf 7%.

Unverändert tiefe Zinsen in Japan

Die japanische Zentralbank liess den Diskontsatz, wie bereits im Vorjahr, unverändert bei 0,5%. Sie trug damit der schwierigen Konjunkturlage sowie den Problemen des Finanzsektors Rechnung.

1.3 Finanzpolitik

Besserung der Lage der öffentlichen Finanzen

Im Jahre 1997 besserte sich die Lage der öffentlichen Finanzen in allen grossen Industrieländern. In den Vereinigten Staaten und in Grossbritannien war dies hauptsächlich die Folge der günstigen Wirtschaftsentwicklung, während in Japan und auf dem europäischen Kontinent die Finanzpolitik gestrafft wurde.

Restriktive Finanzpolitik in Japan

Besonders in Japan, wo in den Vorjahren Konjunkturstützungsprogramme die Defizite der öffentlichen Haushalte stark erhöht hatten, verfolgte die Regierung eine restriktive Finanzpolitik. Aufgrund einer Erhöhung der Mehrwertsteuer und von Einsparungen bei den öffentlichen Investitionen ging das gesamte staatliche Defizit um 1,5 Prozentpunkte auf rund 3% des Bruttoinlandproduktes zurück.

Rückgang der Staatsdefizite in den Vereinigten Staaten und in Grossbritannien

In den Vereinigten Staaten übertrafen die Staatseinnahmen infolge des kräftigen Wirtschaftswachstums ihren budgetierten Wert beträchtlich. Im Finanzjahr 1996/97 betrug das Defizit nur noch 22,6 Mrd. Dollar oder 0,3% des Bruttoinlandproduktes. Budgetiert worden war ein Defizit von 125,6 Mrd. Dollar. Auch in Grossbritannien bildete sich das Defizit des Staatshaushaltes zurück und betrug im Finanzjahr 1997/98 noch rund 1,5% des Bruttoinlandproduktes. Die amerikanische und die britische Regierung streben in den nächsten Jahren den Ausgleich des Staatshaushaltes an.

Abbau der staatlichen Defizite auf rund 3% in Deutschland, Frankreich und Italien

In Deutschland, Frankreich und Italien konnten die staatlichen Defizite im Jahre 1997 auf rund 3% des Bruttoinlandproduktes vermindert werden. Um die Defizite zu senken, waren besondere Anstrengungen notwendig: In allen drei Ländern wurde das Ausgabenwachstum gebremst, in Frankreich und Italien wurden zudem die Steuern erhöht. Für das Jahr 1998 budgetierten die drei Regierungen weiter rückläufige Defizite.

1993

1994

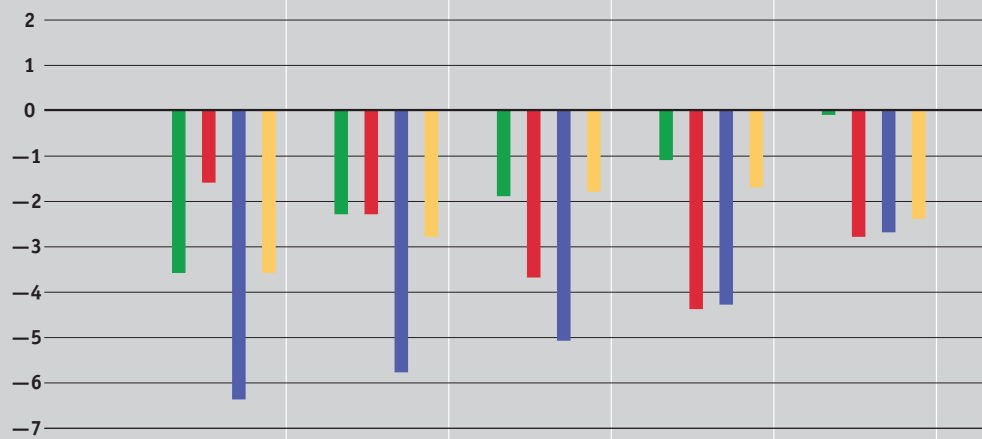
1995

1996

1997

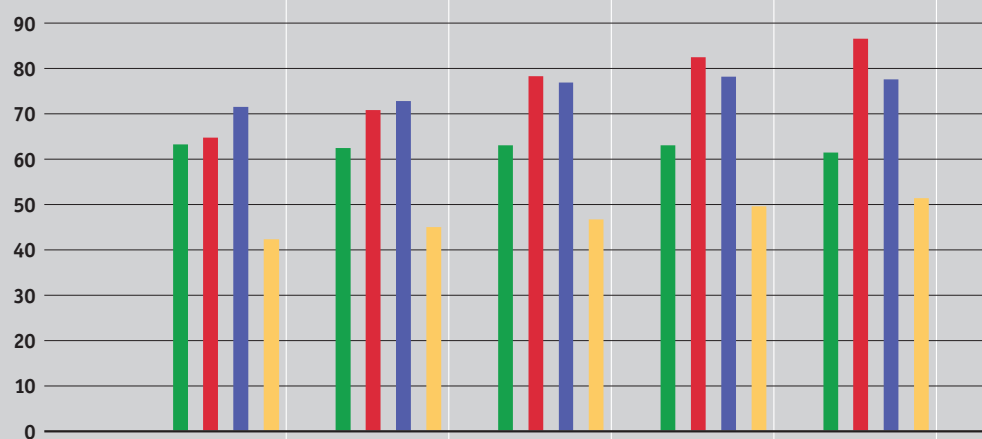
Staatshaushalte

█ Vereinigte Staaten
█ Japan
█ Europäische Union
█ Schweiz
 Staatshaushalte
 (alle öffentlichen
 Haushalte, inkl.
 Sozialversicherungen)
 in Prozent des
 Bruttoinlandproduktes.
 1997: Budget.
 Quelle: OECD



Staatliche Verschuldung

█ Vereinigte Staaten
█ Japan
█ Europäische Union
█ Schweiz
 Gesamte staatliche
 Verschuldung
 (alle öffentlichen
 Haushalte, einschliesslich
 Sozialversicherungen)
 in Prozent des
 Bruttoinlandproduktes.
 1997: Budget.
 Quelle: OECD



1.4 Devisenmärkte

Markante Höherbewertung des Dollars

Der Dollar gewann im Laufe des Jahres 1997 stark an Wert. Gegenüber der D-Mark lag er im Dezember um 15,9% höher als im Januar, gegenüber dem Yen um 12,2% und gegenüber dem Franken um 8,1%. Der reale, handelsgewichtete Wechselkurs des Dollars lag im Dezember um 10,5% über seinem Vorjahresstand.

Schwache D-Mark

Die D-Mark tendierte gegenüber den Währungen ausserhalb des Wechselkursmechanismus des EWS schwach. Gegenüber dem britischen Pfund und dem Franken verlor sie um 11,6% bzw. um 6,8% an Wert. Gegenüber den am Wechselkursmechanismus des EWS beteiligten Währungen blieb sie dagegen annähernd unverändert. Real und handelsgewichtet lag die D-Mark im Dezember um 3% unter ihrem Vorjahresniveau.

Ruhige Lage im Europäischen Währungssystem

Im EWS änderten die Kursrelationen im Laufe des Jahres nur wenig. Der Abstand zwischen der schwächsten und der zweitstärksten Währung betrug im allgemeinen nicht mehr als 4%. Nur das irische Pfund, die stärkste Währung, zog vorerst markant an, verlor im vierten Quartal indessen wieder an Wert.

Massive Währungseinbrüche in Ostasien

Infolge der Finanzkrise verloren im zweiten Halbjahr 1997 verschiedene ostasiatische Währungen massiv an Wert. Gegenüber dem Dollar schwächten sich bis Ende Dezember der thailändische Baht um 46%, die indonesische Rupiah um 56%, der malaiische Ringgit um 35% und der philippinische Peso um 26% ab. Der Singapur-Dollar fiel gegenüber dem Dollar um 15%, die Währungen Koreas und Taiwans büssten um 47% bzw. 15% an Wert ein.

1.5 Finanzmärkte

Rückgang der langfristigen Zinsen

Im Jahre 1997 gingen die langfristigen Zinssätze in den OECD-Ländern insgesamt nochmals leicht zurück. In den Vereinigten Staaten und in Japan stiegen sie im ersten Halbjahr, schwächten sich jedoch im zweiten Halbjahr wieder ab. In Europa näherten sich die Zinssätze der einzelnen Länder einander an. Während in Frankreich und Deutschland die langfristigen Zinsen geringfügig sanken, bildeten sie sich in Italien deutlich zurück. Die Annäherung der langfristigen Zinsen bringt zum Ausdruck, dass die Finanzmärkte mit dem Zustandekommen der Währungsunion rechnen.

Boomende Börsen in Nordamerika und Europa, Einbruch in Ostasien

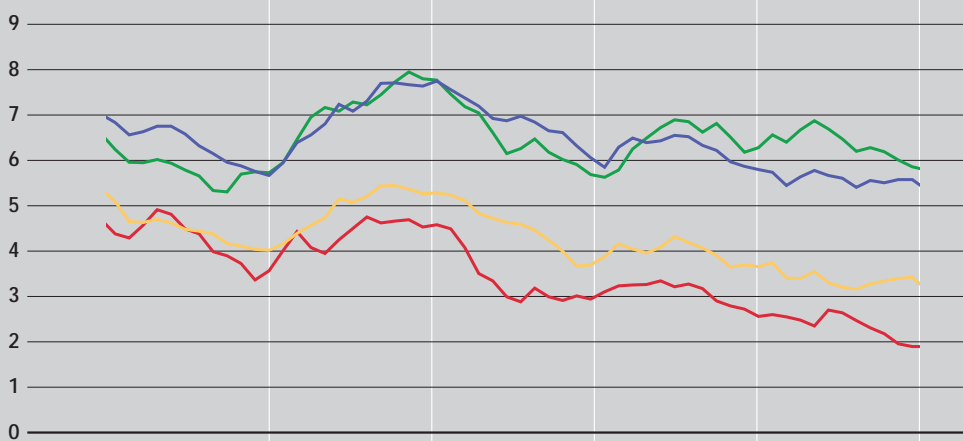
Im ersten Halbjahr zogen die Aktienkurse an vielen Handelsplätzen stark an. Die Krise in Ostasien hatte weltweit Kurseinbrüche zur Folge. Während sich die Kurse in Nordamerika und Europa bis zum Jahresende wieder erholten, sanken sie an den ostasiatischen Börsen weiter.

Steigendes Emissionsvolumen an den internationalen Finanzmärkten

Die Bruttobeanspruchung der internationalen Finanzmärkte nahm gegenüber dem Vorjahr um 12,5% zu und belief sich auf 1769 Mrd. Dollar. Der Marktanteil der Obligationenanleihen erhöhte sich auf 30,8%. Auch die Anteile der variabel verzinsten Titel, der Wandelanleihen und der Aktien nahmen zu, während derjenige der Emissionsprogramme für Notes leicht und derjenige der Geldmarktpapiere stark rückläufig war. Auch zwischen den Emissionswährungen gab es Marktanteilsverschiebungen. Der Dollar, die D-Mark, die Lira und das bri-

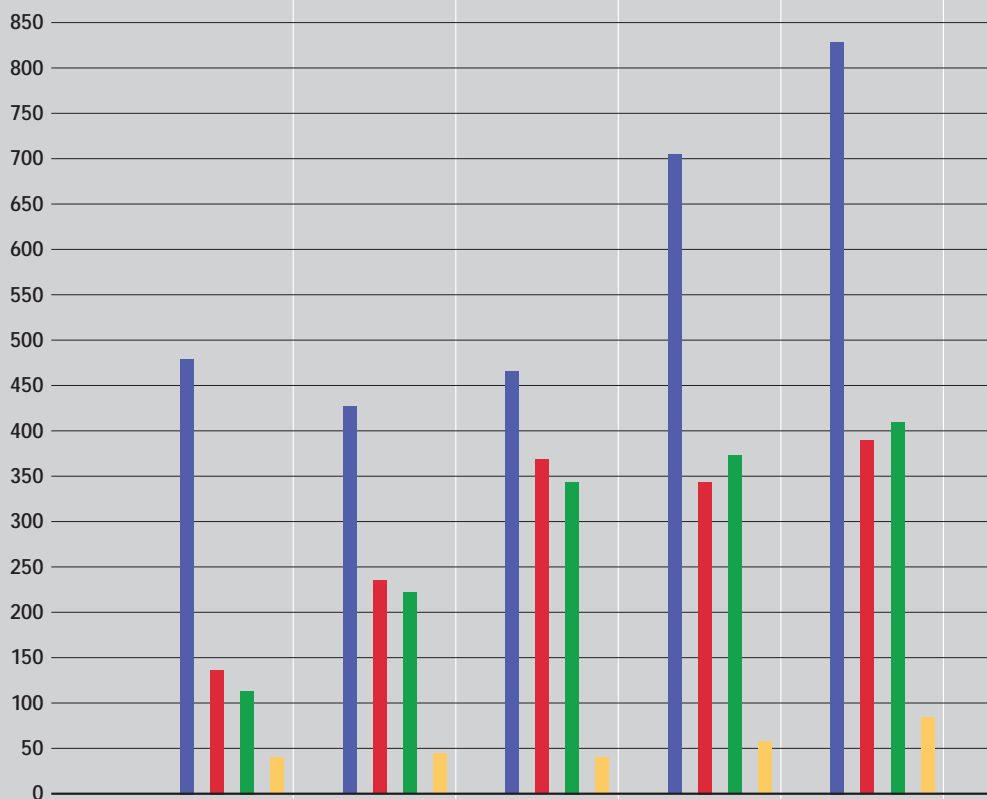
Langfristige Zinssätze

— Dollar
— Yen
— D-Mark
— Franken
 Langfristige Staatspapiere,
 in Prozent.
 Quelle: BIZ



Beanspruchung der internationalen Finanzmärkte

■ Obligationen
■ Bankkredite
■ Mittelfristige Papiere
■ Aktien
 Mrd. Dollar.
 Quelle: OECD



tische Pfund gewannen Anteile zulasten des Yen und in geringerem Ausmass des Francs, des Frankens und des Guldens.

Höhere Gewinne der amerikanischen Banken

Die Konjunkturerholung und die günstige Entwicklung auf den Kapitalmärkten wirkten sich positiv auf die Finanzsektoren aus. Besonders in den Vereinigten Staaten steigerten die Banken ihre Gewinne. Dazu trugen sowohl die Handelserträge als auch, aufgrund der regen Kreditvergabe, die Nettozinserträge bei. Gleichzeitig erhöhten die meisten Institute ihre Rückstellungen auf gefährdeten Ausleihungen. Die amerikanische Zentralbank setzte die Obergrenze, welche Tochtergesellschaften, die im Wertschriftengeschäft tätig sind, am Gesamtertrag einer Holdinggesellschaft mit Bankcharakter realisieren dürfen, von 10% auf 25% herauf. In der Folge begann, besonders bei Wertschriftenhäusern, eine Übernahmewelle.

Bessere Ertragskraft der Banken in Westeuropa

Auch in den meisten Ländern Westeuropas stärkten die Banken ihre Ertragskraft deutlich. Die Verbesserung ist auf den Anstieg der Aktienkurse, die Abnahme des Rückstellungsbedarfs und die höhere Kreditvergabe zurückzuführen. Nur in Italien blieb die Zunahme der Rentabilität gering, da die Banken die Bereinigung ihrer Bilanzen fortsetzten. In Grossbritannien übertrug die Regierung die Bankenaufsicht, die bis anhin bei der Zentralbank gelegen hatte, einer unabhängigen Behörde, der Financial Services Authority.

Verschlechterung der Lage des japanischen Finanzsystems

Die Lage der japanischen Finanzinstitute verdüsterte sich beträchtlich. Aufgrund der Verschlechterung der Qualität der Aktiven mussten die Rückstellungen für gefährdete Kredite aufgestockt werden, und der Kurszerfall an der japanischen Börse verschlimmerte die Lage zusätzlich. Mehrere bedeutende Institute mussten ihre Geschäftstätigkeit einstellen. Die japanische Regierung stellte öffentliche Gelder zur Stützung des Finanzsektors in Aussicht und kündigte Reformen an. Künftig soll die Gründung von Holdinggesellschaften erlaubt sein. Die Banküberwachung soll einer vom Finanzministerium unabhängigen Behörde übertragen werden.

1.6 Europäische Integration

Weitere Schritte auf dem Weg zur Währungsunion

Die EU setzte die Arbeiten zur Einführung des Euro fort. Insbesondere wurden das geldpolitische Konzept und das Instrumentarium der zukünftigen Europäischen Zentralbank (EZB) ausgearbeitet. Die EU legte auch die Grundzüge des Wechselkurssystems fest, welches die an der gemeinsamen Währung beteiligten mit den nicht beteiligten Ländern verbinden soll. Zudem verabschiedete sie im Juni 1997 einen Stabilitäts- und Wachstumspakt.

Stabilitäts- und Wachstumspakt

Der Pakt soll gewährleisten, dass die an der Währungsunion beteiligten Länder auch nach der Einführung des Euro eine stabilitätsorientierte Finanzpolitik betreiben. Deshalb sollen diese Länder ihre Haushaltsdefizite dauerhaft unter der Grenze von 3% des Bruttoinlandprodukts halten. Überschreitungen der Grenze sind nur in aussergewöhnlichen Situationen, beispielsweise in einer schweren Rezession, erlaubt. Weist ein Land ein übermässiges Defizit auf, erhält es vorerst die Möglichkeit, dieses innerhalb einer gewissen Frist zu beseitigen. Gelingt dies nicht, muss es ein zinsloses Darlehen hinterlegen. Dieses wird in

eine Busse umgewandelt, wenn das übermässige Defizit nach einer bestimmten Zeit nicht beseitigt worden ist.

Das geldpolitische Konzept räumt der EZB die Möglichkeit ein, zwischen zwei geldpolitischen Strategien zu wählen: einem Inflations- und einem Geldmengenziel. Die EZB hat auch die Möglichkeit, beide Strategien zu kombinieren. Sie soll, unabhängig von der gewählten Strategie, für die Geldpolitik folgende fünf Punkte berücksichtigen:

- Bekanntgabe einer Definition der Preisstabilität, um Transparenz und Glaubwürdigkeit der Geldpolitik zu erhöhen;
- Veröffentlichung von Zielen, anhand derer das Publikum die Leistungen der EZB beurteilen kann;
- Heranziehen eines breiten Spektrums von Indikatoren, welche Auskunft über mögliche Inflationsgefahren geben;
- Privilegierung der Geldaggregate bei der Formulierung der Geldpolitik;
- Entwicklung von Techniken zur Prognose der Inflationsrate sowie anderer wichtiger ökonomischer Grössen.

Das Wechselkursystem der Mitgliedländer, welche nicht an der Währungsunion teilnehmen, muss folgende Elemente enthalten:

- Definition der Leitkurse im Verhältnis zum Euro;
- Schwankungsbreite von $\pm 15\%$ um die Leitkurse, wie bisher im EWS;
- im Prinzip automatische und unbegrenzte Interventionen am oberen bzw. am unteren Rand des Wechselkursbandes;
- Möglichkeit, die Interventionen einzustellen, falls sie das vorrangige Ziel der Geldpolitik, die Preisstabilität, gefährden;
- Freiwilligkeit der Beteiligung am Wechselkursmechanismus.

Der Europäische Rat verabschiedete die Verordnung über bestimmte Vorschriften im Zusammenhang mit der Einführung des Euro sowie einen geänderten Vorschlag für eine Verordnung über die Stückelungen und technischen Merkmale der Euro-Münzen. Im weiteren liegt ein Richtlinienvorschlag über die Endgültigkeit von Zahlungen und Pfandrechten vor, welcher spätestens mit Beginn der Währungsunion für EU-Zahlungssysteme gelten soll. Neben den Arbeiten zur Einführung des Euro setzte die EU ihre Bestrebungen zur Harmonisierung des Finanzsektors fort. Parlament und Rat verabschiedeten eine Richtlinie, die einen Mindestschutz für Anleger im Falle zahlungsunfähiger Wertpapierhäuser vorsieht. Auch schlug die Kommission neue Richtlinien zur Anerkennung interner Modelle zur Berechnung der Eigenmittelanforderungen für Marktrisiken vor.

Der Finanzsektor verstärkte seine Vorbereitungen im Hinblick auf die gemeinsame Währung. Dazu gehörten vor allem die Konstruktion eines Euro-Interbank-Zinssatzes, die Einführung von Terminkontrakten in Euro sowie die Harmonisierung der Marktkonventionen für Euro-Obligationen.

Geldpolitisches Konzept

Grundzüge des Wechselkurs-systems

Gesetzliche Grundlagen zur Einführung des Euro und Bestrebungen zur Harmonisierung des Finanzsektors

Vorbereitungen des Finanzsektors auf die gemeinsame Währung

2 Schweiz

2.1 Realwirtschaftliche Entwicklung

Aufhellung der Konjunktur

In der Schweiz hellte sich die Konjunktur im Laufe des Jahres 1997 spürbar auf. Nach einem Rückgang des realen Bruttoinlandproduktes im ersten Quartal setzte im Frühjahr eine Erholung ein, die sich in der zweiten Jahreshälfte festigte. Im Jahresdurchschnitt erhöhte sich das reale Bruttoinlandprodukt um 0,7%, verglichen mit einer Abschwächung von 0,2% im Vorjahr. Die konjunkturelle Besserung stützte sich vor allem auf die Exporte, die als Folge des höheren Wirtschaftswachstums im Ausland und der Abschwächung des Frankens im Vorjahr kräftig zunahmen. Der private Konsum belebte sich im Laufe des Jahres. Die Ausrüstungsinvestitionen wuchsen erneut. Dagegen verringerten sich die Bauinvestitionen und der staatliche Konsum weiterhin.

Steigende Industrieproduktion, höhere Kapazitätsauslastung

In der verarbeitenden Industrie führte die steigende Nachfrage zu einer Verbesserung des Geschäftsgangs. Die Bestellungen, die im Vorjahr noch rückläufig gewesen waren, zogen im Laufe des Jahres 1997 deutlich an, wobei die Aufträge aus dem Ausland stärker zunahmen als diejenigen aus dem Inland. Die Produktion, die im Vorjahr annähernd stagniert hatte, stieg erheblich. Die Kapazitätsauslastung erhöhte sich von 83% Ende 1996 auf 86% Ende 1997.

Leichte Zunahme des privaten Konsums

Der private Konsum nahm im Jahresdurchschnitt mit 0,9% erneut nur schwach zu, zog indessen im Laufe des Jahres an. Während sich die Nachfrage nach dauerhaften Gütern und Dienstleistungen besserte, schrumpfte der Umsatz nichtdauerhafter Güter weiter. Im Binnentourismus hellte sich die Lage leicht auf; die Zahl der Übernachtungen stieg erstmals seit 1991 wieder. Die Zunahme des privaten Konsums ging einher mit einem Abbau der Sparquote, da die verfügbaren Haushaltseinkommen annähernd auf dem Vorjahresniveau verharrten.

Stark schrumpfende Bautätigkeit

Im Bausektor lagen die Investitionen um 4% unter ihrem Vorjahresniveau. Im Wohnungsbau und im gewerblich-industriellen Bau verhinderten die anhaltend hohen Leerbestände eine Erholung. Dagegen besserte sich im Laufe des Jahres die Lage im Tiefbau infolge vermehrter Aufträge der öffentlichen Hand. Die Zunahme der öffentlichen Aufträge war zu einem wichtigen Teil die Folge des Impulsprogrammes, welches das Parlament im Frühjahr 1997 beschlossen hatte.

Erneut steigende Ausrüstungsinvestitionen

Die Ausrüstungsinvestitionen erhöhten sich mit 1,5% ungefähr gleich stark wie im Vorjahr.

Starkes Wachstum der Ausfuhren

Gestützt durch die konjunkturelle Belebung in der EU, das starke Wirtschaftswachstum in den Vereinigten Staaten und die bis Anfang 1997 anhaltende Abschwächung des Frankens nahmen die Güterausfuhren markant zu. Sie expandierten real um 8%, gegenüber 2% im Vorjahr. Überdurchschnittlich stark stiegen die Exporte von Rohstoffen und Halbfabrikaten. Die Ausfuhren von Investitionsgütern nahmen ebenfalls deutlich zu, während die Konsumgüterexporte nur geringfügig wuchsen.

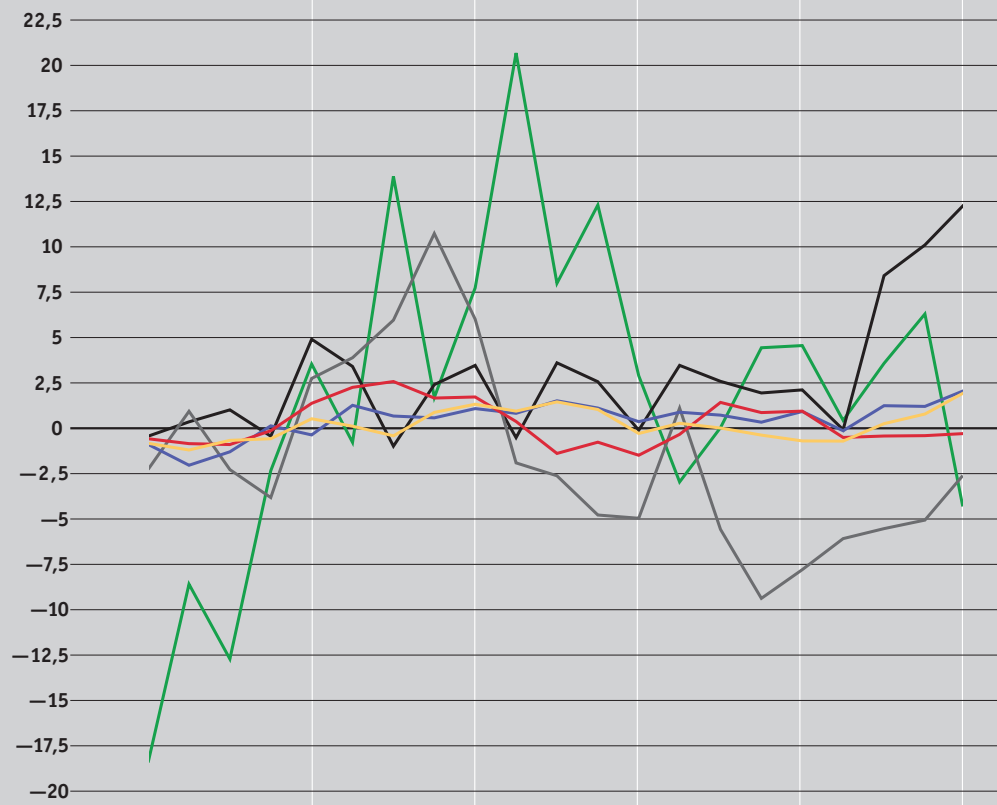
Kräftige Erhöhung der Einfuhren

Aufgrund der Konjunkturerholung zogen die Einfuhren trotz steigender Importpreise kräftig an. Sie wuchsen real um 6,7%, gegenüber 2,5% im Vorjahr. Vor allem die Importe von Rohstoffen und Halbfabrikaten, die im Vorjahr noch zurückgegangen waren, entwickelten sich sehr dynamisch. Auch die Einfuhren

Bruttoinlandprodukt und Komponenten

— Reales Bruttoinlandprodukt
— Privatkonsum
— Staatskonsum
— Bauinvestitionen
— Ausrüstungsinvestitionen
— Exporte

Veränderung gegenüber
 Vorjahr in Prozent.
 Quelle: Bundesamt für
 Konjunkturfragen



von Investitionsgütern gewannen an Schwung. Dagegen verlangsamten sich die Importe von Konsumgütern.

Beschleunigter
Beschäftigungsrückgang

Auf dem Arbeitsmarkt besserte sich die Lage im Jahre 1997 nicht, da sich die Beschäftigung gewöhnlich weniger schnell erholt als die Produktion. Gemäss dem Beschäftigungsindex verstärkte sich der Rückgang sogar. Die Zahl der Beschäftigten sank um 1,6%, gegenüber 0,6% ein Jahr zuvor. In der verarbeitenden Industrie nahm sie um 2,8%, im Baugewerbe um 3% ab. Der Dienstleistungssektor wies mit 1% den geringsten Beschäftigungsabbau auf. Im Grosshandel, in der Informatikbranche, in den Bereichen Forschung und Entwicklung, bei den Versicherungen und in der öffentlichen Verwaltung nahm die Zahl der Beschäftigten zu.

Überzeichneter Rückgang
der Arbeitslosigkeit

Die Zahl der Arbeitslosen, die bis im März auf saisonbereinigt 194 900 Personen zugenommen hatte, bildete sich bis im Dezember auf 175 100 Personen zurück. Diese Abnahme ist jedoch zum grossen Teil auf die kantonalen Beschäftigungsprogramme zurückzuführen, die im Rahmen der jüngsten Revision des Arbeitslosengesetzes eingeführt worden waren. Wer an solchen Arbeits- und Weiterbildungsprogrammen teilnahm, wurde nicht als arbeitslos registriert. Im Jahresdurchschnitt betrug die Arbeitslosenquote 5,2%, verglichen mit 4,7% im Vorjahr. Sie war im Kanton Tessin mit 7,8% am höchsten, gefolgt von der Westschweiz mit 6,9% und der deutschen Schweiz mit 4,5%. Während sie im Tessin stabil blieb, bildete sie sich in den beiden anderen Regionen ab dem zweiten Quartal tendenziell zurück. Die Zahl der Personen, die bis zu sechs Monate arbeitslos gewesen waren, begann im Februar zu sinken. In der Kategorie der Arbeitslosen zwischen sechs und zwölf Monaten fand eine entsprechende Trendwende im Juni statt. Dagegen nahm die Zahl der Langzeitarbeitslosen bis zum Jahresende kontinuierlich zu; im Dezember entfielen 34% der Arbeitslosen auf diese Gruppe, gegenüber 28% im Januar. Der Anteil der Ausländer an den Arbeitslosen betrug unverändert rund 45%. Der Anteil der Frauen an den Arbeitslosen lag mit 42% unter demjenigen der Männer mit 58%.

Rückläufige Zahl der
Erwerbstätigen gemäss der
Schweizerischen
Arbeitskräfteerhebung

Die Verschlechterung der Lage auf dem Arbeitsmarkt widerspiegelte sich auch in der Schweizerischen Arbeitskräfteerhebung (SAKE). Gemäss der SAKE nahm die Zahl der Erwerbstätigen im Jahre 1997 um 0,4% auf 3 766 000 Personen ab, verglichen mit einem Zuwachs von 0,5% im Vorjahr. Im Unterschied zum Beschäftigungsindex schliesst diese Zahl auch Personen ein, die eine Stelle von weniger als 50% innehaben. In der Kategorie der Teilzeitarbeit unter 50% stieg die Beschäftigung leicht, in der Kategorie zwischen 50% und 89% mit 5,6% deutlich. Dagegen sank die Zahl der Vollzeitbeschäftigten um 1,6%. Ihr Anteil an der Gesamtzahl der Beschäftigten verringerte sich zwischen 1991 und 1997 von 74,6% auf 71,7%. Die Zahl der erwerbstätigen Frauen erhöhte sich im Jahre 1997 um 0,4%, während diejenige der erwerbstätigen Männer um 1% zurückging. Die Erwerbslosenquote stieg von 3,7% auf 4,1%. Bei den Frauen war sie rückläufig, während sie bei den Männern zunahm.

1993

1994

1995

1996

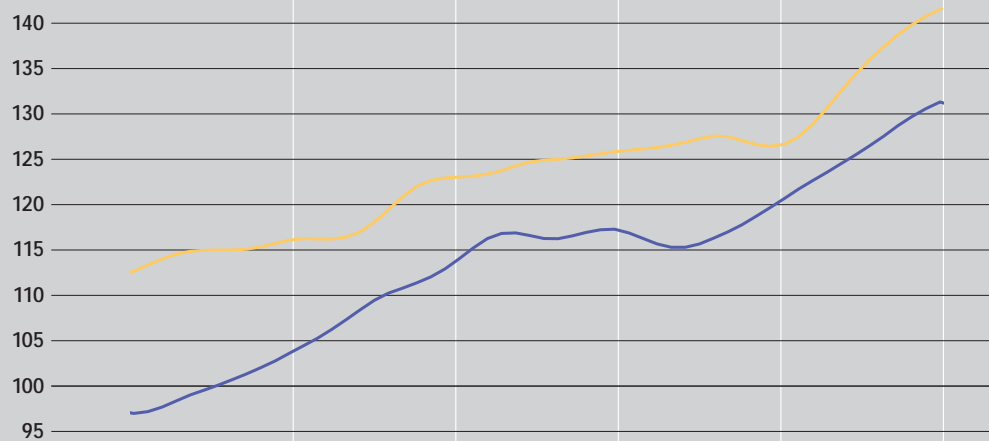
1997

Aussenhandel

Import

Export

Volumen, saisonbereinigt und geglättet.
Index: 1988 = 100.
Quelle: Oberzolldirektion



Preisentwicklung

Konsumentenpreise

Konsumentenpreise für Inlandgüter

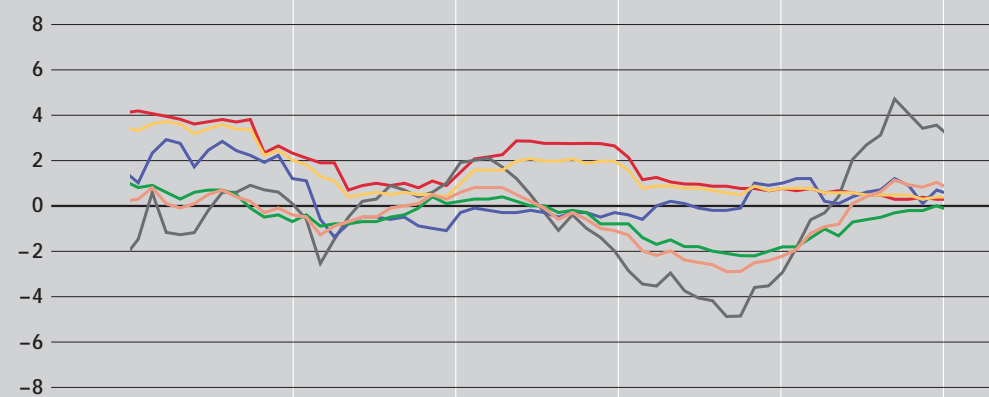
Konsumentenpreise für Auslandgüter

Produzenten- und Importpreise

Produzentenpreise

Importpreise

Veränderung gegenüber
Vorjahr in Prozent.
Quelle: Bundesamt für Statistik

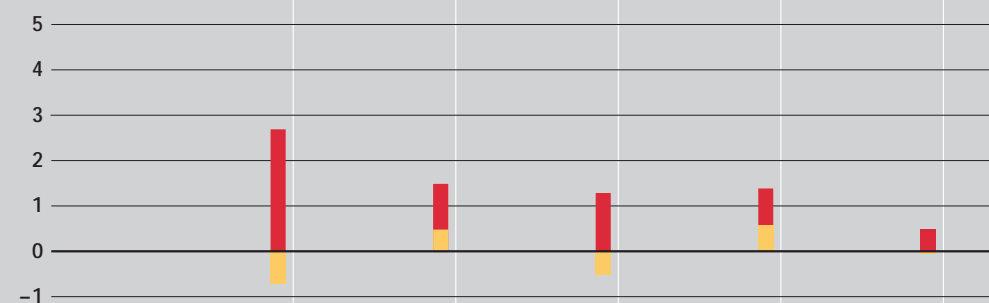


Löhne

Nominell

Real

Arbeitnehmerverdienste,
Veränderung gegenüber
Vorjahr in Prozent
(1997: Schätzung).
Quelle: Eidgenössisches Volks-
wirtschaftsdepartement



Die Entwicklung des Manpower-Stellenindex deutet darauf hin, dass sich die Lage auf dem Arbeitsmarkt künftig bessern dürfte. Der Index, der die Fläche der Stelleninserate in den Zeitungen misst, begann im März 1997 zu steigen, nachdem er vorher seit Juli 1995 rückläufig gewesen war. Zudem verlangsamte sich im Laufe des Jahres der Beschäftigungsrückgang, und die Zahl der Kurzarbeitenden sank deutlich.

Beschäftigung und Arbeitslosigkeit

	1993	1994	1995	1996	1997
Erwerbstätige (SAKE) Veränderung in Prozent	-0,8	-1,7	1,5	0,5	-0,4
Vollzeitbeschäftigte Veränderung in Prozent	-2,7	-1,4	-0,5	-1,0	-1,8
Voll- und Teilzeitbeschäftigte¹ Veränderung in Prozent	-2,9	-0,4	0,0	-0,6	-1,6
Arbeitslosenquote in Prozent	4,5	4,7	4,2	4,7	5,2
Arbeitslose in 1000	163,1	171,0	153,3	168,6	188,3
Kurzarbeitende in 1000	42,0	22,6	9,9	13,1	6,6
Manpower Stellenindex Veränderung in Prozent	-27,7	27,2	18,4	-19,8	0,6

1 zwischen 50% und 89%

Daten nicht saisonbereinigt.
Manpower Stellenindex:
Fläche der Stelleninserate in
den Zeitungen.

Quellen: BFS, BIGA, Manpower

Anhaltende Preisstabilität

Die am Landesindex der Konsumentenpreise gemessene Teuerung bildete sich im Jahre 1997 weiter zurück. Sie sank von 0,8% im Januar auf 0,4% im Dezember und betrug im Jahresdurchschnitt 0,5%. Dies entspricht dem tiefsten Wert seit 1959. Im Jahre 1996 hatte die Teuerung 0,8% betragen.

Preisanstieg bei den Dienstleistungen tiefer als bei den Waren

Während die Teuerung bei den Waren im Laufe des Jahres zwischen 0,1% und 1% schwankte und sich im Jahresdurchschnitt auf 0,6% belief, sank sie bei den Dienstleistungen kontinuierlich auf durchschnittlich 0,5%. Bei den privaten Dienstleistungen wirkten sich vor allem die geringen Mietpreiserhöhungen, bei den öffentlichen Dienstleistungen besonders die rückläufigen Preise für Post- und Kommunikationsdienstleistungen teuerungsdämpfend aus.

Wechselkursbedingte Preiserhöhungen bei den ausländischen Waren und Dienstleistungen

Auf Konsumstufe verteuerten sich die ausländischen Waren und Dienstleistungen aufgrund der Abschwächung des Frankens um 0,7%; die Inlandteuerung bildete sich auf 0,5% zurück. Der Index des Gesamtangebotes (Produzenten- und Importpreisindex) nahm innert Jahresfrist um 0,1% zu. Leicht rückläufigen Produzentenpreisen standen kräftig steigende Importpreise gegenüber. Vor allem die importierten Rohstoffe verteuerten sich markant.

Zunehmender Ertragsbilanzüberschuss

Der Ertragsbilanzüberschuss stieg im Jahre 1997 um 3,9 Mrd. auf 30,3 Mrd. Franken oder 8,3% des nominellen Bruttoinlandproduktes. Während die Handelsbilanz (Spezialhandel) einen Überschuss von 0,3 Mrd. Franken verzeichnete, erhöhte sich der Aktivalsaldo der Dienstleistungsbilanz um 2,1 Mrd. auf 17,7 Mrd. Franken. Die Einnahmen aus dem Fremdenverkehr stiegen zum ersten Mal seit drei Jahren wieder, und die Kommissionserträge der Banken nahmen aufgrund der hohen Börsenumsätze stark zu. Der Überschuss bei den Arbeits- und Kapitaleinkommen erhöhte sich von 14,3 Mrd. auf 17,5 Mrd. Franken. Dazu trugen die zunehmenden Nettoerträge aus den Direktinvestitionen und vor allem aus dem Zinsdifferenzgeschäft der Banken bei. Der Passivalsaldo der laufenden Übertragungen sank geringfügig auf 4,4 Mrd. Franken.

Ertragsbilanz Salden in Mrd. Franken

	1993	1994	1995 revidiert	1996 provisorisch	1997 geschätzt
Waren	2,4	2,2	1,0	1,1	-0,5
davon Spezialhandel	3,5	3,2	1,8	1,9	0,3
Dienste	16,8	15,6	15,2	15,6	17,7
davon Fremdenverkehr	2,4	2,7	2,4	1,8	1,8
Arbeits- und Kapitaleinkommen	13,5	10,7	13,9	14,3	17,5
davon Kapitaleinkommen	20,7	17,6	20,8	21,3	24,2
Laufende Übertragungen	-4,0	-4,7	-4,8	-4,7	-4,4
Ertragsbilanz Total	28,8	23,9	25,3	26,4	30,3

2.2 Finanzpolitik

Das Defizit des Bundes betrug im Jahre 1997 5,3 Mrd. Franken bzw. 1,2% des Bruttoinlandproduktes. Damit lag es um 0,5 Mrd. Franken tiefer als budgetiert. Für die Berechnung des Defizits wurden erstmals die Darlehen an die SBB in die Rechnung einbezogen und die Überschüsse der Bundespensionskasse ausgeklammert. Bei Anwendung dieser Abgrenzungen auf den Rechnungsabschluss des Vorjahres wäre 1996 ein Defizit von 6,4 Mrd. statt von 4,4 Mrd. Franken ausgewiesen worden. Verglichen mit der neuen Rechnungsabgrenzung nahm das Defizit 1997 gegenüber dem Vorjahr um 1,1 Mrd. Franken ab. Auf der Einnahmenseite des Staatshaushaltes übertrafen vor allem die Erträge der direkten Bundessteuer und der Stempelabgabe die budgetierten Werte. Bei den Ausgaben fielen die Darlehen an die Arbeitslosenversicherung wie bereits im Vorjahr höher als erwartet aus. Für das Jahr 1998 ist ein Defizit von 7,6 Mrd. Franken bzw. 1,7% des Bruttoinlandproduktes budgetiert.

Das gesamte Defizit aller Kantonshaushalte entsprach gemäss ersten Angaben mit 3,1 Mrd. Franken etwa dem budgetierten Wert. Damit stieg es gegenüber dem Vorjahr um 0,9 Mrd. Franken. Die meisten Kantone erwarten eine Stagnation bei den Personal- und Transferausgaben, eine Verringerung der Güter- und Dienstleistungsausgaben sowie geringere Zinszahlungen bei gleichzeitig höheren Gebühreneinnahmen. Dagegen dürften die effektiven Darlehen an die Arbeitslosenversicherung die geplanten Kredite um 0,9 Mrd. Franken übertreffen. Auch rechnen viele Kantone damit, dass die Steuereinnahmen juristischer Personen unter dem Budget liegen.

Die Rechnungen der Gemeinden dürften im Jahre 1997, ähnlich wie im Vorjahr, insgesamt annähernd ausgeglichen abschliessen. Budgetiert war ein Defizit von 0,5 Mrd. Franken. Während die Rechnungen der kleineren Städte und der Landgemeinden im allgemeinen ausgeglichen waren oder Überschüsse aufwiesen, verschlechterte sich die Finanzlage der grossen Städte massiv.

Bundesdefizit leicht tiefer als budgetiert

Keine Erholung der kantonalen Haushalte

Insgesamt ausgeglichene Gemeinderechnungen

Weiterer Anstieg der
Schuldenquote

Die Schuldenquote (Verschuldung im Verhältnis zum Bruttoinlandprodukt) von Bund, Kantonen und Gemeinden stieg im Jahre 1997 von 48% auf 49%. Im Jahre 1990 hatte sie noch 31% betragen. Knapp die Hälfte der Schulden entfiel auf den Bund; die Schuldenanteile der Kantone und der Gemeinden betrug rund 30% bzw. 20%.

Abbau des Bundesdefizites
dringend

Die Entwicklung der öffentlichen Haushalte in den letzten Jahren zeigt, dass es den Kantonen und Gemeinden besser als dem Bund gelang, ihre Defizite in den Griff zu bekommen. Als Folge nahm besonders auf Bundesebene die staatliche Verschuldung stark zu. Der verschlechterte Zustand der Bundesfinanzen droht das Vertrauen in die Handlungsfähigkeit des Staates zu erschüttern, falls es nicht gelingt, die Höhe des jährlichen Defizits abzubauen. Selbst wenn der sich abzeichnende Konjunkturaufschwung später zu höheren Staatseinnahmen führen und auch auf der Ausgabenseite Entlastungen bringen wird, bedürfen die strukturellen Defizitmechanismen im Bundeshaushalt dringend der Korrektur. Gemäss Schätzungen des Internationalen Währungsfonds beträgt der strukturelle Teil rund die Hälfte des gesamten Defizits des schweizerischen öffentlichen Sektors.

2.3 Finanzmärkte

Tiefe Zinssätze am Kapital-
und am Geldmarkt

Der seit Mitte 1996 anhaltende Rückgang der langfristigen Zinssätze setzte sich im ersten Halbjahr 1997 fort. Im Juni sank die Durchschnittsrendite der Eidgenössischen Obligationen bis auf 3,1%, zog in der zweiten Jahreshälfte zunächst leicht an, sank jedoch im Dezember wieder bis auf 3,1%. Die Entwicklung der kurzfristigen Zinsen verlief ähnlich: Die Rendite dreimonatiger Geldmarktbuchforderungen des Bundes fiel bis im Juni auf 1,2%. Nach einem Anstieg in der zweiten Jahreshälfte bildete sie sich im Dezember wieder auf 1,4% zurück.

Abschwächung des Frankens
gegenüber dem Vorjahr

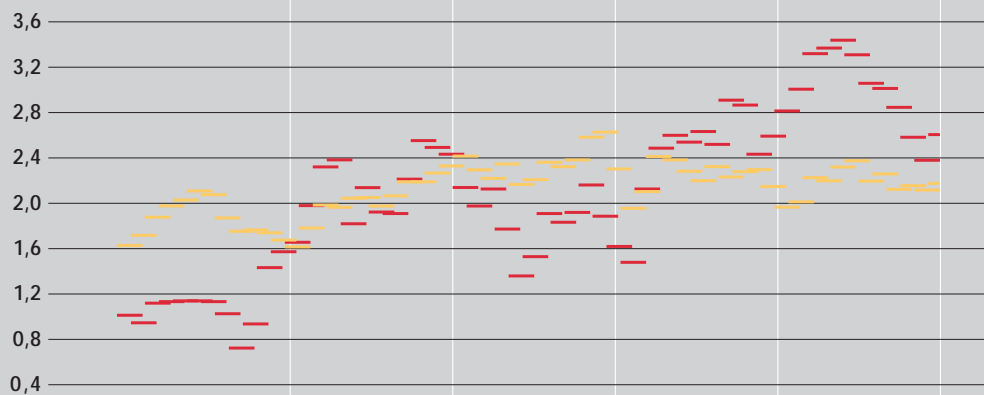
Real und exportgewichtet lag der Wechselkurs des Frankens im Jahresdurchschnitt um 6,9% unter dem Vorjahreswert, verglichen mit einem Rückgang von 3,2% im Vorjahr. Im Lauf des Jahres 1997 stieg der reale Frankenkurs gegenüber den wichtigsten kontinentaleuropäischen Währungen. Gegenüber dem Dollar, dem britischen Pfund und dem Yen schwächte er sich vorerst ab, erhöhte sich jedoch im vierten Quartal wieder.

Höhere Nettobeanspruchung
des Kapitalmarktes

Die Nettobeanspruchung des schweizerischen Kapitalmarktes durch Obligationen und Aktien (Emissionen abzüglich Rückzahlungen) überstieg das tiefe Vorjahresniveau deutlich. Mit insgesamt 28,8 Mrd. Franken blieb sie indessen unter dem Mittel der vergangenen Jahre. Die Nettokapitalaufnahme inländischer Schuldner belief sich auf 6,7 Mrd. Franken, gegenüber 0,4 Mrd. Franken im Vorjahr. Das Nettoemissionsvolumen inländischer Obligationen anleihen stieg, vor allem aufgrund geringerer Rückzahlungen, innert Jahresfrist von 0,6 Mrd. Franken auf 6,8 Mrd. Franken. Bei den inländischen Aktien übertrafen die Rückzahlungen die Begebungen um 0,1 Mrd. Franken, nachdem schon im Vorjahr mehr Aktien zurückgekauft als emittiert worden waren. Die Netto-

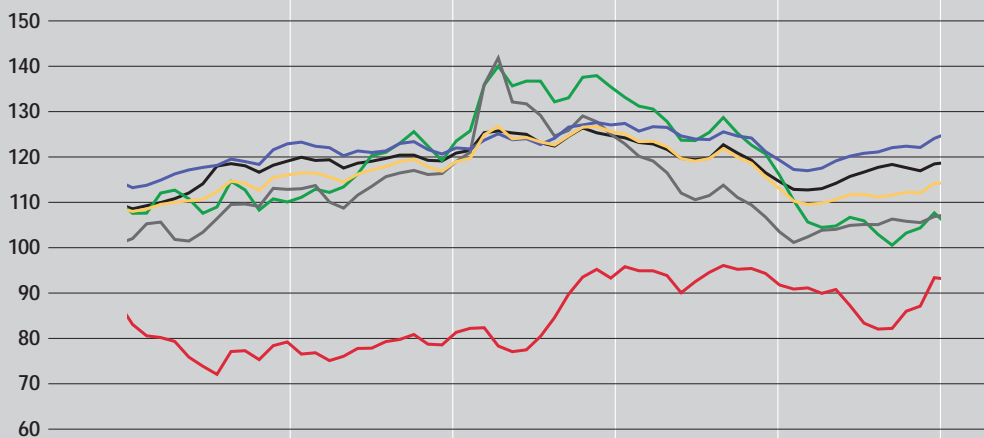
Differenzen langfristiger Zinssätze

— Deutschland – Schweiz
— Vereinigte Staaten – Schweiz
 Differenz in Prozentpunkten.
 Quelle: BIZ



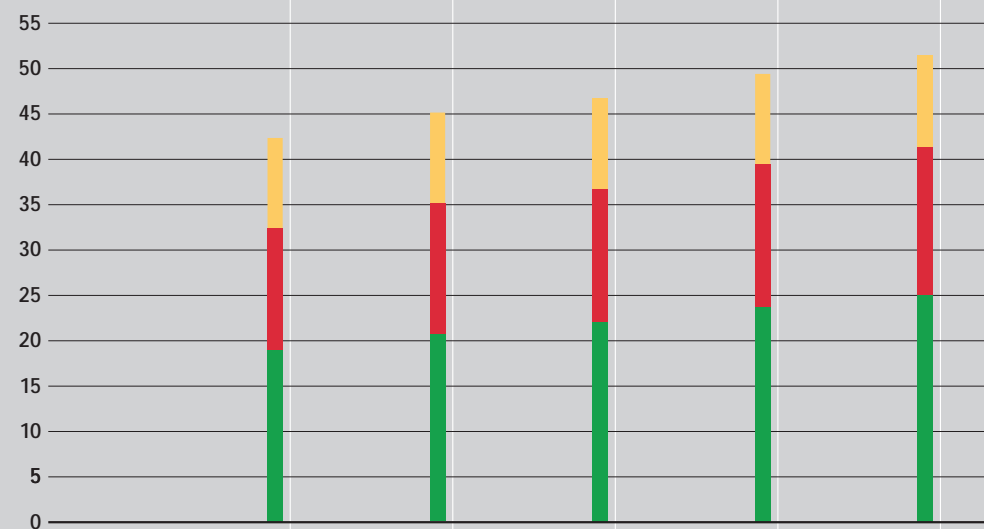
Fremdwährungskurse des Frankens

— Total (15 Länder)
— Dollar
— D-Mark
— Yen
— Franc
— Lira
 Realer Preis des Frankens in Fremdwährungen.
 Total: exportgewichtet.
 Index November 1977 = 100



Staatliche Verschuldung

█ Gemeinden
█ Kantone
█ Bund
 In Prozent des Bruttoinlandproduktes (1997: Schätzung).
 Quelle: Eidgenössisches Volkswirtschaftsdepartement



beanspruchung des Anleihenmarktes durch ausländische Schuldner lag mit 22,1 Mrd. Franken im Rahmen der letzten Jahre, übertraf aber das Niveau von 1996 deutlich.

Markant höhere Aktienkurse

Der Swiss Performance Index (SPI) erhöhte sich im Jahre 1997 um 55%. Damit übertraf der Anstieg die bereits in den beiden Vorjahren kräftige Erhöhung nochmals deutlich. Nach massiven Kursgewinnen im ersten Halbjahr verharrte der SPI in der zweiten Jahreshälfte auf hohem Niveau, wobei teilweise beträchtliche Kursausschläge auftraten.

Stagnierendes Inland-,
aber stark expandierendes
Auslandgeschäft der Banken

Die insgesamt noch schwache Binnenkonjunktur hatte zur Folge, dass das inländische Kreditgeschäft der Banken weitgehend stagnierte. Dagegen stiegen die Ausleihungen an ausländische Kunden stark. Gleichzeitig erhöhten sich die Finanzaktiva der Banken kräftig auf rund 40% der Bilanzsumme. Insgesamt nahm die Bilanzsumme aller Banken mit knapp 20% – zum Teil Wechselkursbedingt – massiv zu.

Zusammenschlüsse in der
Finanzbranche

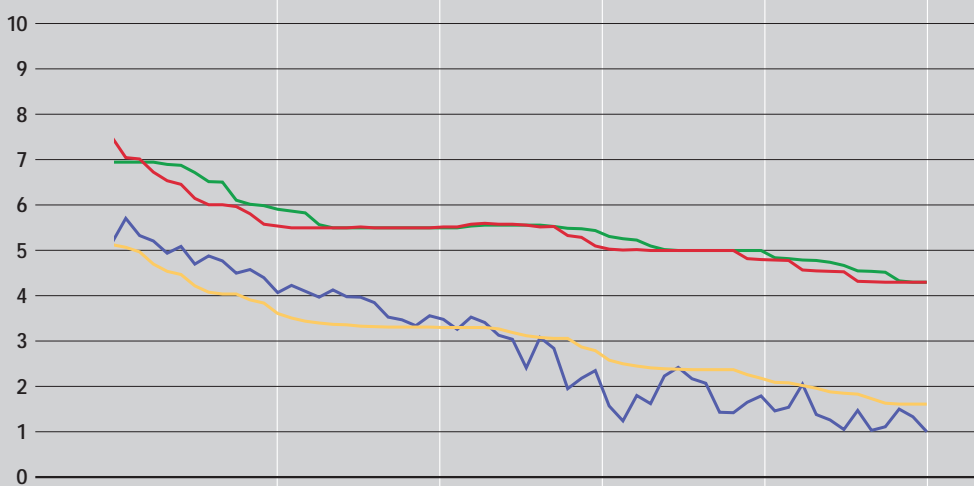
Der zunehmende internationale Konkurrenzdruck führte auch in der Schweiz zu Zusammenschlüssen grosser Unternehmen in der Finanzbranche. Auf Anfang Dezember fusionierten die Credit Suisse-Gruppe und die Winterthur-Versicherung. Ebenfalls im Dezember kündigten die Schweizerische Bankgesellschaft und der Schweizerische Bankverein ihre Fusion an. Unter der Firma United Bank of Switzerland soll eines der grössten Finanzinstitute der Welt entstehen.

Bessere Jahresergebnisse

Verglichen mit den vergangenen Jahren, die von Rückstellungen auf den Kreditbeständen geprägt waren, wiesen die Banken wieder bessere Jahresergebnisse aus. Besonders die drei Grossbanken und die auf Vermögensverwaltung spezialisierten Institute wie Privat- und Auslandbanken erhöhten die operativen Gewinne. Dazu trugen vor allem die Kommissionen im Wertpapierhandel und das Derivatgeschäft bei.

Ausgewählte Zinssätze der Banken

- Alte Hypotheken bei Kantonalbanken
 - Neue Hypotheken bei Kantonalbanken
 - Spargelder bei Kantonalbanken
 - Dreimonatige Festgelder bei Grossbanken
- Quartalsdurchschnitte in Prozent.



Aktienkurse

- Insgesamt
 - Banken
 - Industrie
- Swiss Performance Index.
Quelle: Schweizer Börse

